

## Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1925

Aus dem Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften für das Jahr 1925, der jedoch im „Zentralblatt“ erschienen ist, entnehmen wir das folgende:

„Nach gewerkschaftlichen Aufzeichnungen zur Erreichung einer Höhe des Reallohnes wie in der Vorjahreszeit, Ansturm der Arbeiter gegen eine staatliche Sozialpolitik, parteipolitische Kämpfe im Volke von bis dahin kaum gekannter Schärfe, das war das Signum der ersten Hälfte des Gewerkschaftsjahres 1925. Die zweite Hälfte des Jahres brachte bereits starke Auswirkungen der von der deutschen Wirtschaft betriebenen Nationalisierung: eine Abjähriße und eine starke Arbeitslosigkeit.

„Sowohl christlichen Gewerkschaften zeigten sich zur Wahrung der Interessen stets auf dem Vortritt, obwohl ihnen die Vorkämpferin jeweils so schwer gemacht worden ist, wie in den Vorjahren. Es bleibt jedoch festzustellen, daß die nach der Nationalisierung der deutschen Währung eingetretene stärkere Konjunkturalisation der Mitgliederzahl dem Willen der christlichen Gewerkschaften eine bessere Durchschlagskraft verlieh. In seinen Erfolgen für die Arbeiterschaft hebt sich das Jahr 1925 in der Gewerkschaftsgeschichte merklich hervor. Das kennzeichnet besser als andere die Tatsache, daß eine innerlich befestigte Gewerkschaftsbewegung für die Arbeiterschaft ungleich wertvoller ist, als die hohen Mitgliederzahlen, wie sie die rezessionäre und inflationäre Zeit den Gewerkschaften beschied. Der Erfolg der gewerkschaftlichen Tätigkeit im Berichtsjahr zeigt sich vor allem in der Steigerung des Index der Reallohn-Löhne für Arbeiter von 69,3 auf 77,1 Prozent pro Stunde. In der Erhaltung, daß ein jeder Nominallohn wenig bedeutet und die Reallohn der Arbeiter in erster Linie entscheidend ist für den Wert, welchen die christlichen Gewerkschaften bemüht, durchzusetzen, liegt den Weg zu bereiten. Die Jahreserfolge sind dem ersten Willen, für Preissteigerungen die Interessen zu wahren. Leider hatte dieses Bemühen nicht den gewünschten Erfolg, da nicht nur die Preissteigerungen, sondern auch die freien Gewerkschaften durch die Nationalisierung behindert, angehalten, weil sie sich keinen Erfolg davon versprechen, tatsächlich aber, um einen Teil der Preissteigerungen nach dieser Seite aus sozialistischen Gründen zu vermeiden. Trotzdem darf festgestellt werden, daß es gelang, die Preissteigerungen in anderen Bahnen zu halten, wie vor dem. Einer Steigerung des Index der Reallohn-Löhne von 13,6 auf nur 14,2 gegenüber. Von einzelnen Arbeiterkreisen wird der Reallohn der Vorjahreszeit erreicht sein, während der größere Teil der Arbeiterschaft ihn noch nicht erlangt haben dürfte.

„Die erfolgreichen Nationalisierungsbestrebungen in der deutschen Wirtschaft bieten umfangreiche Möglichkeiten zur Hebung des Lebensstandards der breiten Schichten unseres Volkes. Es widerspricht allen Geboten der sozialen Gerechtigkeit, daß der wirtschaftliche Vorteil der Nationalisierung ungenutzt verstreuen sollte. Ganz abgesehen davon, daß das auch eine Verteidigung gegen die Wirtschaftskrisen ist. Geringere Produktion verlangt erhöhte Nachfrage, die sich nur durch die Hebung der Massenkonsumkraft gewinnen läßt. Es gelang in steigendem Maße, Verhältnisse zu gewinnen für die Tatsache, daß in der deutschen Wirtschaft rund 2 1/2 Millionen erwerbsfähige Menschen nicht beschäftigt werden, als vor dem Kriege, und ein weltweites Arbeitslosennetz von 1 1/2 bis 2 Millionen beim Wohlstand für einen schlechten Stand der deutschen Wirtschaft sein kann.

„Neben den Volkssteigerungen konnten die Gewerkschaften im Berichtsjahre nicht unbedeutende Erfolge auf sozialpolitischen Gebieten buchen, u. a. die Wiedereröffnung der dreizehntägigen Arbeitszeit für die Arbeiter in der Holz- und Kohlenindustrie, wertvolle Verbesserungen in der Erwerbslosenfürsorge, Neuformierung der Unfallversicherung, Neuordnung des knappschaftlichen Versicherungswesens.

„Wenn diesen Erfolgen für die Arbeiterschaft eine aufsteigende Mitgliederentwicklung der christlichen Gewerkschaften im Berichtsjahre nicht gegenübersteht, so findet das seine Erklärung in Tugenden die die christlichen Gewerkschaften weit früher bestritten, als jede andere Gewerkschaftsrichtung. Die Arbeitslosigkeit trat am stärksten in den Gebieten auf, die als Stammgebiete der christlichen Gewerkschaften gelten. Weitere besondere Schwierigkeiten entstanden den christlichen Gewerkschaften durch die immerwährenden Versuche, die parteipolitischen Leidenschaften in das gewerkschaftliche Lager hineinzutragen. Unter Berücksichtigung all dessen darf gesagt werden, daß die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1925 ihre Position gut behauptet haben. Bemerkenswert ist, daß die Mitgliederzahlen im Jahresdurchschnitt eine — wenn auch geringe — Steigerung um 846 Mitglieder aufwiesen.

„Den christlichen Gewerkschaften kommt für ihre Arbeit zuflute, daß die innere Geschlossenheit eine gute ist, und der Verlauf des 11. Gewerkschaftskongresses in Dortmund wie auch der ihres ersten Reichsjahreskongresses der Bewegung deutet auf eine Entwicklung hin, die eine solide und erfolgreiche Wirksamkeit auch fernerhin verspricht.

## Wege zum sozialen Volksstaat

Eine Rede des Reichsarbeitsministers.

Dortmund, 22. November.

Der Gewerkschaftsbund der christlichen Gewerkschaften hatte dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns für Sonntag zu einem Vortrag über „Wege zum sozialen Volksstaat“ eingeladen. Der Minister ging in seinem Referat zunächst auf die Entwicklung des christlichen Gewerkschaftstums in den letzten Jahrzehnten und die des sozialen Rechtes in der Nachkriegszeit ein. Eine Erscheinung wie der englische Bergarbeiterstreik, an dem die englische Wirtschaft während eines halben Jahres verblutete, sei in Deutschland nicht möglich, dennach habe es auch bei uns nicht an bedauerlichen Folgen der Wirtschaftskrisis gefehlt. Im Jahre 1923 seien 54 Millionen verlorene Arbeitstage, 1924 deren 29 Millionen und 1925 immer noch 16 Millionen zu verzeichnen gewesen. Wenn man die Fortschritte in der sozialen Fürsorge nach dem Kriege objektiv mit denen der Vorkriegszeit vergleiche, müsse man anerkennen, daß niemals mehr für die Einziehung des Volkes und für die Sicherung der Arbeitsbeschäftigung der Arbeitnehmerschichten getan worden sei als in den letzten vier Jahren. Auf die finanzielle Tragbarkeit der Sozialpolitik eingehend gab der Minister an, daß vom Reich allein im Rahmen des Tätigkeitsbereiches des Reichsarbeitsministeriums für soziale Zwecke im Jahre 1925 mehr als 1600 Millionen Mark ausgegeben worden seien, denen ein Gesamt-Ausgabe von 7 Milliarden gegenüberstehe. Somit das obachtbare Recht in Frage komme, sei der soziale Staat bereits in weitem Ausmaße verwirklicht. Doch müsse die neue Rechtsordnung, insbesondere auch die neue Sozialordnung noch mehr festliches Gepräge des Volkes werden.

## Knappschafftsnovelle und Krankenziffern

„Besonders merkwürdig ist am 1. Juli dieses Jahres die neue Knappschafftsnovelle in Kraft. Diejenigen, die sich mit ihr immer noch nicht ausfinden können, versuchen nun, eine Steigerung der Krankenziffern im Bergbau, besonders im Ruhrbergbau, als Folge der neuen Novelle festzustellen. Einflußreiche Arbeiterkreise und ihre Zeitungen sprechen und schreiben von einer Steigerung um 200 bis 300 Prozent. Und noch vor kurzem hat Dr. Wögel sich diese Zahl zu eigen gemacht. Nun haben in einer Vorlesung der Ruhrknappschafft am 14. Oktober dieses Jahres die Versicherungsvertreter Aufklärung über den Stand der Kranken veranlaßt. Der Vertreter der Verwaltung erklärte, zuverlässige statistische Zahlen nicht vor Ablauf von einigen Monaten zur Verfügung zu haben. Die an Krankenziffern bezüglichen Summen würden keine zuverlässigen Bild, weil in ihnen auch die Kinderzuschüsse mit enthalten seien. Die einzigen zur Verfügung stehenden Zahlen, aus denen man sich ein halbwegs richtiges Bild machen könnte, seien die Meldungen, die auf Grund des Spiritusmonopols von den Verkaufsstellen am 1. jeden Monats der Knappschafft erhalten werden müßten. Danach entfielen auf je 100 Knappschafftsmitglieder an Krankenziffern am 1. Januar 1926 63 Prozent, am 1. Februar 60 Prozent, am 1. März 61 Prozent, am 1. April 63 Prozent, am 1. Mai 59 Prozent, am 1. Juni 57 Prozent, am 1. Juli 55 Prozent, am 1. August 68 Prozent, am 1. September 75 Prozent und am 1. Oktober 81 Prozent.

„Man sieht hieran, daß die eingetretene Steigerung nur sehr geringfügig ist. Bei der Höhe der Krankenziffern muß man berücksichtigen, daß die südlichen Zechen, bei denen die Krankenziffern immer niedriger waren als bei den nördlichen Zechen, in den letzten Jahren ausgegliedert sind. Durch das Vordringen der Zechen nach Norden werden die Kohlen in

## Wir protestieren!

Durch Erlass des Preussischen Innenministers vom 15. Oktober dieses Jahres ist in Preußen die Polizeistunde für Städte von 100 000 bis 300 000 Einwohnern auf 1 Uhr, für Städte mit mehr als 300 000 Einwohnern auf 2 Uhr, für Berlin auf 3 Uhr festgesetzt worden.

„Es war voranzusehen, daß dieses Beispiel wirksam würde. Ende Oktober konnten die Dresdner Zeitungen berichten, daß das sächsische Innenministerium sich mit der Frage der Verlängerung der Polizeistunde befaßt habe und bereits Anfragen bei den großstädtlichen Behörden in Umlauf seien, mit dem Ergebnis, daß von Seiten der Polizeibehörden die Erwartung ausgesprochen sei, daß die Regierung den Interessierten in weitest möglicher Weise entgegenkomme und die Schlafstunde für ganz Sachsen ohne Bevorzugung der Großstädte einheitlich über 1 Uhr hinaus festgesetzt werde.

Der katholische Frauenbund Sachsens hat daraufhin an das Ministerium des Innern folgenden Protest gerichtet:

„Die Mitglieder des katholischen Frauenbundes in Sachsen erheben einmütig Protest gegen eine beabsichtigte Verlängerung der Polizeistunde. Sie halten die Verlängerung des preussischen Ministers des Innern, wonach die Polizeistunde für Berlin sogar auf 3 Uhr festgesetzt worden ist, aus wirtschaftlichen, gesundheitlichen und sittlichen Gründen für äußerst bedauerlich.

„Wir weisen hin auf ungezählte Familien, in denen Mütter sich abarbeiten, Kinder hungern müssen, weil Väter und Väter, verlor durch Gelegenheiten an allen Stellen, ihren Verdienst ins Wirtshaus tragen. Wir fragen, wieviel Gesundheit durch den Nachtbetrieb, wieviel Sittlichkeit und Volkstugend durch erweiterte Geschlossenheit zum Mißbrauch des Alkohols und somit zu Unheilwirkungen zertrübt wird. Dafür bedarf es keines Beweises, daß der nächtliche Schauffäherbetrieb ein unheilvoller Faktor der Verführung namentlich der Jugend ist. Wir sind davon überzeugt, daß das Ergebnis einer Ausdehnung der Polizeistunde sich in höheren Zahlen von Polizei- und Fürsorgeberichten darstellen würde.

„Wir verlangen als Frauen und Mütter den Schutz und die Förderung des Familienlebens.

„Wir protestieren dagegen, daß um einer Interessengruppe willen, Volksgüter an Gesundheit und Sittlichkeit gefährdet werden sollen.

„Wir erwarten, daß der Protest der katholischen Frauen Sachsens, der mit dem Empfinden aller echten Frauen und Mütter übereinstimmt, nicht ungehört bleibt.

„größerer Teufe gewonnen, und so wird die Bergarbeit immer aufrechter. Weiter befinden sich unter den Krankenziffern etwa 20 bis 30 Prozent, die infolge Unfall krank seien. Dazu kommt, daß die Krankenziffern im Ruhrbergbau in den Sommermonaten immer, auch vor dem Kriege schon, am höchsten sind. Daraus erklärt sich das Ansteigen der Krankenziffern auch in diesen Jahre, wobei zu berücksichtigen ist, daß in diesem Jahre viele Arbeiter verstorben und dadurch die Bergleute über Gebühr in Anspruch genommen wurden. In den letzten Monaten wurde die Belegschaft aus der Zahl der Erwerbslosen um fast 30 000 vermehrt. Da ein Teil der wiedererstellten Erwerbslosen über ein Jahr erwerbslos war, zögten sie sich den Anforderungen im Bergbau nicht mehr gewöhnen und brachen nach kurzer Zeit zusammen. Somit findet die Steigerung der Krankenziffern eine durchaus normale, in den Verhältnissen begründete Erklärung. Jedenfalls ist die einseitig erhöhte Überhebung durch nichts gerechtfertigt und ein Zurückführen auf die neue Novelle durchaus unangebracht. Im übrigen erklärten die Versicherungsvertreter im Vorhande der Ruhrknappschafft unzweifelhaft, daß sie, da wo sich eine unbegründete Inanspruchnahme der Krankenziffern durch Belegschaftsmehrung zeige, die Erzeugung der härtesten Maßnahmen wünschten.

„Unsichliche Argumente sprechen nicht gegen die Sozialversicherung, sondern gegen die, welche sie ausprechen.

## Aus der sozialen Praxis

### Jugendferienheime

Dresden, 22. November. Der Reichsausschuss für Erholungs- und Kinderpflege beim Landeswohlfahrts- und Jugendamt, bestehend aus Vertretern der Behörden (Staat, Bezirksverbände, Gemeinden) der freien Wohlfahrts- und Jugendverbände, des Reichsausschusses für Erholungs- und Kinderpflege beim Landeswohlfahrts- und Jugendamt tritt den Jugendforderungen des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände, insbesondere dem Verlangen nach Gewährung gesetzlicher Ferien und der Schaffung von Jugendferienheimen bei. Er ruft alle Kreise der deutschen Bevölkerung, insbesondere auch die Krankenkassen, Gemeinden, Wohlfahrts- und Jugendverbände auf, teilzunehmen an dem Werke des Reichsausschusses Sachsen, der deutschen Jugendverbände, das der Errichtung und Einrichtung neuer, sowie Ausbesserung bestehender Jugendferienheime gewidmet ist. Der Ausschuss erhebt zugleich die Forderung, der Mitarbeitererholungsfrage besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

„Das sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium hat diese Entscheidung zu der seinen gemacht und empfiehlt den Bezirkswohlfahrtsverbänden und Gemeinden, sich ihm anzuschließen und an ihrer Vermittlung mitzuarbeiten.

„Mehrarbeit in Italien. Der italienische Minister hat vor kurzem beschlossen, den Arbeitnehmern die Ermäßigung zu geben, die tägliche Arbeitszeit um eine Stunde zu verlängern. Der Fall zeigt erneut, wie wenig sich andere Staaten um das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag kümmern.

„Soziallohn. In Vatel hat es die katholische Volkspartei durchgesetzt, daß einkommensschwache Familien eine abgestufte Wohngebühreneurteilung erhalten.

„Zum Kapitel Klassenkampf. Auf dem letzten Jahreskongress der Arbeiterpartei (Labour party) in England machte der Vorsitzende Robert Williams bemerkenswerte Ausführungen. Er erklärte u. a., daß die Theorie des Klassenkampfes zum alten Eisen gehöre, und letzte Jahr dagegen zur Wehr, daß der Geist der Arbeiterbewegung durch die Parteigänger des Klassenkampfes „militarisiert“ werde. Er fand eine eindrucksvolle Variante für den alten Satz, daß der Arbeitsfrieden so nötig sei, wie der internationale Friede, und daß er nur mit den gleichen Mitteln, der Versöhnlichkeit zu verwirklichen ist: dem Vertrauen zum industriellen Schiedsgericht.

„Heber die Verfassungserklärung im russischen Kommunismus gibt folgende Nachricht Kunde: Ein Vertreter der russischen Nationaldemokratischen Arbeiter- und Bauernopposition erklärte dem „Kain“-Vertreter, daß in diesem Jahre 112 000 Mitglieder der kommunistischen Partei ausgeschlossen wurden, die zur Opposition übergegangen waren. In Charkow soll am 15. Dezember ein Kongress der Opposition stattfinden. Vor weiteren Maßnahmen gegen die Opposition werde die Sowjetregierung zurück, weil weitere Ausschüsse aus der Partei deren Bestand gefährden könnten.

„Arbeitslosigkeit. England wies am 25. Oktober 1926 1 576 200 Arbeitslose auf, unzurechnend die freitenden Kohlenarbeiter. Daß auch Amerika, dessen wirtschaftliche Lage so viel geliebt wird, das Problem der Arbeitslosigkeit kennt, beweist eine Arbeit des amerikanischen Arbeiters des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, J. H. Belford, über den amerikanischen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Allerdings muß man dort, nach dieser Schrift zu urteilen, das Problem durch private Initiative zu lösen, durch Arbeitslosenüberforderungen, deren Träger meist die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände paritätisch sind. — Den englischen freitenden Bergarbeitern ist neuerdings von den russischen Arbeitern eine Streikunterstützung von 1 Million Rubel zugegangen.

„Industrie und soziale Frage. Eine Reihe von Industriellen haben sich in Berlin zu einer „Gesellschaft der deutschen Wirtschaft und Sozialpolitik“ zusammengeschlossen, die den Gedanken der Wirtschaftskraft — der ja bekanntlich von der vaterländischen Arbeiterbewegung vertreten wird — fördern will. Ansehend ist diese Neugründung gegen den Reichsverband der deutschen Industrie gerichtet, von Clementine, die mit dem sozialen Befehle Dr. Elberbergs nicht einverstanden sind. Bei den Gewerkschaften dürfte diese Neugründung auf keine Gegenliebe stoßen.

„Eine industriepädagogische Tagung fand kürzlich in Duisburg statt, veranstaltet von der Düsseldorf-Bueg-Stelle des deutschen Institutes für wissenschaftliche Pädagogik. Es sprachen auf dieser Tagung u. a. Professor Dr. De Lauber, B. Hartmann S. J., Olga Zoss. Folgende Sätze mögen den Inhalt der dortigen Besprechungen charakterisieren: „Nicht die Technik ist es, an welcher der Arbeiter verbricht, nicht die Arbeitslosigkeit! Der Arbeiter verbricht die Technik in Verbindungen, die nicht gottgewollt sind; nur in Verbindung mit Kapital, Direktoren usw. Das natürliche Geltungsstreben, das Rangamt wurde außer acht gelassen. In der Arbeiterschaft gibt es nichts Vererbbares, keine Familienerebe, keine Erbfolge. Eine Werbung ist möglich, wenn der Großbetrieb im Sinne jenseitiger amerikanischen Industriellen geändert wird, der gefagt hat, die nächste Generation habe die Aufgabe, den Großbetrieb aufzulösen.“

**Haut- röte**

sowie alle Arten von Hautunreinigkeiten, Hautausschlägen, wie Bläschen, Misseer, Finnen, Pickeln, Pusteln usw. verschwinden durch täglichen Gebrauch der echten **Haut- röte**

**Hauterfröhen-Tee** von Bergmann & Co., Hildesheim. in 1/2 Liter zu haben.